

# 43 Prozent mehr für Politiker

Laatzener Fraktionen einigen sich auf Diätenerhöhung – Linke und Piraten sind dagegen

Mitten in die Spardebatte platzt die Nachricht, dass der Rat der Stadt seine Bezüge und Fraktionszuschüsse anheben will. Die Stadt muss demnach 43 Prozent oben drauflegen. Es ist die erste Erhöhung seit 17 Jahren.

VON JOHANNES DORNDORF

**LAATZEN.** Die Stadt lässt sich ihrer demokratischen Institutionen etwas kosten. Rund 152 000 Euro gibt Laatzener jährlich für seine Volksvertreter aus. Falls der Rat morgen Abend die geplante Erhöhung beschließt, werden es nach Schätzung der Verwaltung künftig 218 000 Euro sein – 43 Prozent mehr.

Im Einzelnen steigt die Monatspauschale der Ratsmitglieder von 105 auf 130 Euro, das Sitzungsgeld von 12,50 auf 19 Euro pro Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzung. Dafür entfallen innerorts alle Fahrtkostenpauschalen – bislang bekommen Laatzens Kommunalpolitiker 15 Euro monatlich. Die drei stellvertretenden Bürgermeister erhalten zusätzlich 250 Euro monatlich (bis-

her: 192,50), die Mitglieder des Verwaltungsausschusses 130 Euro (105) und die Vorsitzenden von Fraktionen und Gruppen 200 Euro (bisher 12,50 Euro pro Mitglied). Die Erhöhung soll zum 1. Mai in Kraft treten. Parallel steigen die

Fraktionszuschüsse von 7300 auf 18 000 Euro.

Erarbeitet hat die Satzung eine interfraktionelle Arbeitsgruppe. Piraten und Linke lehnen die Pläne ab – bei allem Respekt vor der politischen Arbeit: „Bei einem Haus-

halt mit mehr als zehn Millionen Euro Neuverschuldung sehe ich keinen Spielraum für eine Erhöhung“, sagt Piraten-Ratsherr Heiko Schönemann. Die Ratspolitiker würden Ehrenämter ausüben. „Die Mitarbeiter des Igelhauses kriegen gar keine Erstattung“, gibt Schönemann zu bedenken – und ergänzt: „Ich mache den Job nicht des Geldes wegen, sondern um was verändern zu können.“

Im Vergleich zu den Nachbarkommunen erhalten die Laatzener Mandatsträger relativ viel Geld. Im Pattenser Rat wurden die Monatspauschalen jüngst auf 60 Euro angehoben, die Sitzungsgelder auf 17 Euro. In Hemmingen sind es aktuell 54 Euro Pauschale und 13,50 Euro pro Sitzung. Auch dort wird zurzeit über eine Erhöhung nachgedacht.

Der Laatzener Rat bleibt deutlich unter der Höchstgrenze, die das Land empfiehlt. Bis zu 320 Euro monatlich wären bei der Kommune der Größe Laatzens angemessen, in Hemmingen und Pattensen wären es maximal 240 Euro.

## KOMMENTAR

### Falscher Zeitpunkt

VON JOHANNES DORNDORF

Ob auf Bundes- oder auf lokaler Ebene – Politiker stecken in einem Dilemma: Sie müssen über Erhöhungen ihrer Entschädigungen selbst entscheiden. Das schürt Misstrauen.

Dass es irgendwann mehr Geld für Laatzens Politiker geben muss, ist unstrittig: 17 Jahre lang haben sich die Mandatsträger schließlich eine Anpassung verkneipen. Aber der Zeitpunkt ist selten schlecht gewählt. Ausgerechnet jetzt, da Aufmerksam-

keiten für andere Ehrenamtliche auf dem Prüfstand stehen und in Grasdorf über die Zukunft einer Grundschule diskutiert wird, genehmigen sich Laatzens Kommunalpolitiker einen Schluck aus der Pulle.

Es gibt keinen guten Zeitpunkt für Diätenerhöhungen, sagen manche Politiker. Stimmt. Aber es gibt einen schlechten. Das Vorhaben ist kaum geeignet, den Bürgern die Sparzwänge der Stadt näher zu bringen.



Fenster schließen

Ausschnitt drucken